Resolution

Resolution zum Themenfeld Arbeit und Bildung

offen

Jahr: 1993
Thema: Arbeit und Bildung
Adressat: Diverse
Eingabeform: Resolution

Inhalt:

Für uns Jugendliche ist eine qualitativ gute Bildung von grösster Wichtigkeit. Denn die heute anstehenden Probleme und Herausforderungen (Umwelt, Nord-Süd-Konflikt, Wirtschaftsfragen etc.) verlangen vom einzelnen immer mehr Verständnis für kom-plexe Zusammenhänge. So ist eine gute Bildung - gerade in der Schweiz - eine ganz wichtige Stütze der Gesellschaft. Eine gute Ausbildung ist unser Startkapital, damit wir unsere Chancen auf dem Arbeitsmarkt wahren und verbesern können, müssen die Ausbildungen zeitgemässer werden. Um dies zu erreichen fordern wir:

Mehr Harmonisierung

- Eine bessere Harmonisierung zwischen den Kantonen bringt mehr Ordnung in den verwirrenden Bildungssalat.
- Ein Umzug in einen anderen Kanton wird somit erleichtert.
- Auch für die Europakompatibilität im Bildungsbereich ist eine derartige Harmoni-sierung eminent wichtig.

Mehr Durchlässigkeit

- Wir wollen eine bessere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Ausbildungs-wegen, damit eine vielleicht zu früh getroffene Entscheidung nicht auf das beruf-liche Abstellgeleise führt.
- Die Chancengleichheit würde durch eine bessere Durchlässigkeit erhöht..
- Ein Wechsel an eine höhere Schule würde damit erleichtert.
- Transparenz innerhalb der Bildungsinstitution(en)
- Die Ausbildungsgänge sollen besser überblickbar werden, damit eine echte Wahl erst möglich wird, und damit man nicht immer in Sackgassen landet, denn heute be-finden sich leider zuviele Jugendliche in einer Ausbildung, die sie nicht auf Grund fundierter Kenntnisse gewählt haben und die ihnen dementsprechend nicht liegt.

Uni/Berufslehre

- Wir sind gegen die Entwicklung der Überfüllung der Unis und der gleichzeitig ab-neh-menden Zahl der Lehrlinge. Wir sind aber gegen den Numerus clausus, weil er nicht im Kontext einer kohärenten Bildungspolitik steht und deshalb das Problem nicht entschär-fen, sondern vielmehr verschlimmern wird. Wir fordern anstelle des-sen Reformen im Be-rufsbildungswesen, an den Universitäten und Hochschulen.

Reformen

- Einführung von Berufsmaturitäten für möglichst viele Richtungen, nicht nur für die tech-nische und kaufmännische. Analog hierzu sind auch Fachhochschulen für die-selben Rich-tungen zu günden.
- Um eine bessere Allgemeinbildung für alle Lehrlinge und die Steigerung der Attraktivität der Berufslehre zu erreichen unterstütz die Jugendsession 1993 die Lehrlingspetition der Gewerkschaftsjugend.
- Wert zu legen ist grundsätzlich auch darauf, dass die Lehrpläne bereits bestehender Berufslehren befolgt werden, was bis anhin durchaus nicht die Regel ist.
- Grosszügigeres und harmonisiertes Stipendienwesen, womit sich Werkstudien weitgehend verhindern liessen
- Ausbau der bestehenden Hochschul-Infrastruktur. Insbesondere sollten dabei im Namen der Chancengleichheit diejenigen Regionen aufgewertet werden, die bis an-hin in Sachen Hochschulen unterprivilegiert waren. Erwähnen wollen wir hier das Tessin sowie die In-nerschweiz.

Chancengleichheit

- Jeder hat das Recht auf eine gute und adäquate Bildung. Dieses muss, unabhängig von seiner Herkunft, seinem Geschlecht, seinem sozialen Stand, seinem Alter und seines Glaubens, gewährt sein.

Kein Leistungsabbau im Bildungswesen

- Um wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben, muss unser Bildungswesen lei-stungsfähige Leute hervorbringen. Deshalb darf sich die Qualtität der Bildung auf keinen Fall ver-schlechtern.
- Die Gelder müssen in der Schule dort eingesetzt werden, wo sie wirklich gebraucht wer-den. Deshalb müssen die verfügbaren Mittel innerhalb des Bildungssystems nach Be-dürfniskriterien transferiert werden.
- Um einen Leistungsabbau zu verhindern müssen die Lehrkräfte kompetent sein. Abwan-derungen sollen durch attraktives Angebot verhindert werden.

Förderung der Selbständigkeit

- Die Jugendlichen wollen im Bildungswesen ein grösseres Mitspracherecht erhalten. Damit würde die Schule attraktiver und schülergerechter. Ein Schüler muss die Ge-legenheit be-kommen, auch selbständig etwas zu erarbeiten. Somit würde die Ju-gendpartipitation stark gefördert und uns Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, selbständig zu arbeiten.

Berufsbildung und Jugendarbeitslosigkeit

Unsere Gesellschaft teilt sich immer mehr in Arbeitsbesitzende und Arbeitslose. Damit wird ein wichtiger Teil der Menschen weitgehend an den Rand der Gesellschaft ge-drängt und die zunehmenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen führen zu sozialer Unrast und Ungerechtigkeiten aller Art.

Wir Fordern deshalb:

- Mehr Information und mehr Beratung für potentielle Arbeitslose. Die Information über Arbeitslosigkeit in den Schulen muss ausgebaut werden. Das Thema muss aus-führlich im letzten obligatorischen Schuljahr und in den Berufsschulen bearbeitet werden.
- Die Arbeitslosigkeit sollte in den weiterbildenden Schulen (Berufsschule, Gymna-sium, Seminar, Universität etc.) auch weiterhin aufgegriffen und behandelt werden.
- Auch Erwachsene sollten die Möglichkeiten haben, besser informiert zu werden. Deshalb fordern wir mehr Beratungsstellen für Jugendliche und Erwachsene Ar-beitslose. In den Medien soll sichtbar auf die Angebote für Arbeitslose aufmerksam gemacht werden.
- In konjunkturell guten Zeiten muss die Öffentliche Hand Reserven anlegen und ho-he Steuern einfordern. In konjunkturell schlechten Zeiten tätigt sie mit diesen Mit-teln arbeitsplatzerhaltende und -schaffende Investitionen und senkt die Steuern.
- Zur Gewährung von Starthilfen an innovative junge Menschen, die eine eigene Firma aufbauen wollen wird ein Fonds geschaffen. Aus diesem Fonds wird diesen Jugendlichen Starthilfe gewährt, anstatt Arbeitslosengeld auszuschütten. Der Fonds wird durch ein Solidaritätsprozent auf Unternehmensgewinnen und Bundessubven-tionen gespiesen.
- Von den Arbeitgebern mehr soziale Verantwortung. Diese sollen vermehrt "unerfahrene" LehrabgängerInnen einstellen. Sie sollen eine ihre Lehrlinge im An-schluss an die Lehre ein Jahr (ev. auf Teilzeitstellen) weiterbeschäftigen. Damit können die LehrabgängerInnen erste Berufserfahrungen sammeln und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.
- Den Ausbau des Kursprogrammes zur Weiterbildung von Arbeitslosen und die finanzielle Ermöglichung von Sprachaufenthalten.
- Vermehrte Beschäftigungsprogramme für jugendliche Arbeitslosigkeit in folgenden Bereichen: Aufbau und Renovation von Jugendzentren, Aufforstungen, Berg-bauern-unterstützung, Naturschutzgebietspflege uäm.
- Dass das Thema "Neue Arbeitszeitmodelle" auf breiter Basis diskutiert wird und insbesondere auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Lösungen gefunden wer-den.
- Eine Reduktion der Arbeitszeit in Richtung der 35-Stundenwoche.
- Die Herabsetzung des Rentenalters zur Freisetzung von Arbeitsplätzen für Jugend-liche. Dies soll auf freiwilliger Basis und begleitet durch eine soziale Alterspolitik realisiert werden.
- Eine transparentere Steuerordnung, insbesondere um die Ungerechtigkeit in der steuerlichen Erfassung zwischen Angestellten und Selbstständigerwerbenden zu vermindern, und einen erhöhten Mehrwertsteuersatz auf Luxusgütern zur Finanzie-rung eines sozialen Staatswesens.

Schule

Wir wünschen uns eine grössere Partizipation in der Schule, damit wir selbständiger und verantwortungsbewusster arbeiten können. Ein schülerentsprechender Unterricht kann durch mehr Mitbestimmungsrecht erzielt werden.

Wir Fordern deshalb:

- Die Erhaltung der kleineren und mittleren Schulzentren und keinen Schulzentralismus, sowie die Festsetzung einer obersten Klassengrösse von 20 SchülerInnen.
- Die sinnvolle Verteilung der Staatsgelder und insbesondere keine Sparmassnahmen im Bildungsbereich.
- Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und SchülerInnen, insbesondere müssen Noten von den Lehrkräften begründet und auf Wunsch mit den SchülerInnen be-sprochen werden. Zudem soll eine Selbstbeurteilung der SchülerInnen eingeführt werden.
- Ein pädagogisches Grundstudium muss für alle Lehrkräfte obligatorisch werden.
- Die Amtsperiode für Lehrkräfte ist genau zu definieren, nach Ablauf derselben besteht die Möglichkeit zur Wiederwahl. Ausserdem müssen SchülerInnen in den Wahlgremien ein Mitspracherecht erhalten.
- In der Schule muss vom ausschliesslichen Frontunterricht abgekommen und neuartige Unterrichtsformen eingesetzt werden.
- Wir bekennen uns zum Grundsatz der Koedukation. Zusätzlich muss aber der Unterricht darauf ausgelegt werden, Mädchen und Knaben aufzuzeigen, dass sie grundsätzlich über die selben Fähigkeiten verfügen. Dadurch und durch weitere Massnahmen soll das Be-wusstsein für die Notwendigkeit der Gleichstellung und Gleichberechtigung gefördert werden.
- Wir fordern, dass an der Jugendsession 1994 das Thema Gleichberechtigung behandelt wird.

Konkrete Forderungspunkte zur Verbesserung der schulischen Ausbildung:

- Den SchülerInnenorganisationen müssen grössere Kompetenzen eingeräumt werden.
- Eine Gewichtsverschiebung weg von Pflicht- vermehrt zu Wahlfächern.
- In den Lehrplänen sollen musische Fächer stärker berücksichtigt werden.
- Das Absenzenwesen muss in den nachobligatorischen Schulen abgeschafft werden.
- Zum Schulstoff muss neu auch die Vermittlung von Lernmethoden gehören.
- Es soll eine Ombudsstelle als unabhängige Beschwerdeinstanz in Schulangelegenheiten eingeführt werden.

Begründung:

Interessante Informationen zum Thema und Dokumente

Status und Erfolg:

Nachverfolgung durch das forum nicht abgeschlossen